Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 0 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 0 Pfennig, die Reklamezeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Anzeigen-Preis für die neungespaltene Kleinzeile 50 Mark (Grundzahl). — Reklamezeile 225 Mark × Schlüsselzahl 18 000 000.

Nr. 128. | Postscheck-Konto: Berlin 62 448 | **Donnerstag, den 1. November 1923** | Postscheck-Konto Berlin 62448. | **22. Jahrg.**

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Ich verbiete hiermit nachdrücklichst die Schaffung jeglicher Selbstschutzeinrichtungen und weise unter Bezug auf meine Bekanntmachung vom 29. d. Mts. nochmals darauf hin, daß nach § 10 Allgm. Landr. zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung die Polizei zuständig ist.

Zuwiderhandlungen fallen unter den Erlaß des Herrn Ministers und des Innern vom 22. März 1923 und ziehen schwere Bestrafung nach sich.

Birkenwerder, den 31. Oktober 1923.

Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Kartoffelversorgung.

Die Gemeinde wird voraussichtlich in der Lage sein, den Winterbedarf der Einwohner an Kartoffeln sicherzustellen.

Bestellungen auf Kartoffeln werden gegen Vorauszahlung von **2 Goldmark** = z. Zt. 31 Milliarden Papiermark je Zentner in der Gemeindekasse bis zum 6. November vorm. 8—12 Uhr entgegengenommen.

Unbemittelte Einwohner, die keinerlei Vorräte haben und nicht in der Lage sind eine Vorauszahlung zu leisten, können sich während der gleichen Zeit in Zimmer 26 eintragen lassen.

Arbeitsvermittlung.

Einwohner, die Bedarf an Arbeitskräften irgend welcher Art haben, wollen sich wegen Zuweijung von solchen an den Gemeindearbeitsnachweis, Zimmer 7 des Rathauses während der Zeit von 8—12 Uhr vorm. wenden.

Kinder in Not!

In vielen kinderreichen Familien herrscht allergrößte Not. Viele unschuldige Kinder im empfindlichsten Alter hungern. Unsere Kinder aber, die künftige Generation, sind es, auf denen unsere Hoffnung für die Zukunft unseres Volkes ruht. Darum muß alles getan werden, sie durch diese bittere Zeit hindurchzubringen. Ich richte deshalb an die Kreise der Einwohnerschaft, die es vermögen, die dringende und herzliche Bitte um Mithilfe bei der Fürsorge gerade für die Kinder. Wer ein warmes Mittagessen zur Verfügung stellen will, den bitte ich, sich so schnell wie möglich mündlich oder telephonisch mit mir in Verbindung zu setzen. Nähere Vereinbarung kann dann erfolgen.

Steuerzahlung.

An Zahlung der 400 000 fachen Beträge der Steuersätze von 1922, die gemäß Bekanntmachung vom 22. Oktober bis 31. Okt. zu entrichten sind, wird erinnert.

Anordnung über Mietszuschläge.

Zu der im Briesetal-Boten Nr. 115 veröffentlichten Anordnung über Mietszuschläge werden folgende Aenderungen festgesetzt:

1. Zu § 2 Absatz	1 und 2	170 000 000 %
„ „	3	460 000 000 %
„ § 4 B	Abs. a—b	15 000 000 %
„ „	c	9 000 000 %
„ „	d bis zur Höhe von	95 %
„ „	e	4 500 000 %
„ „	f	9 000 000 %
„ § 5 statt	4 200 000 %	21 000 000 %

2. Diese Anordnung tritt mit dem 1. November 1923 in Kraft.

Mit demselben Tage verlieren die durch diese Anordnung geänderten bisherigen Sätze ihre Gültigkeit.

Birkenwerder, den 31. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Kühn

Gemeinsame Bekanntmachung der Gemeinde-Vorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Preise für Küchen- und Ofenbrand.

a) bei Selbstabholung ab Lager . . . Mk. 24,250 Milliarden,
b) bei Lieferung frei Erdgeschoß oder Keller Mk. 25,250 Milliarden.

Preise für Brikettlieferungen in Fuhren nicht unter 30 Zentnern.

a) bei Selbstabholung ab Lager . . . Mk. 24,250 Milliarden,
b) bei Lieferung frei Erdgeschoß od. Keller Mk. 25 Milliarden.

Diese Preisfestsetzung tritt mit dem 30. Oktober in Kraft.

Berlin, den 30. Oktober 1923.

Der Kreisausschuß des Kreises Niederbarnim.

Veröffentlicht.

Die Gemeindevorsteher Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Es sind wiederholt Klagen über verspätete Vorspannstellung bei Feueralarm durch die Gespannhalter des Kreises laut geworden. Ich habe daher Veranlassung, die Besitzer von Zugpferden auf die ihnen aus § 37 der Kreisfeuerpolizei- und Löschordnung vom 6. Januar 1909 erwachsene Verpflichtung, auf Erfordern Vorspann zu leisten, hinzuweisen. Die ungesäumte Vorspannleistung ist zur Vermeidung größeren und in den heutigen Zeiten unersetzbaren Schadens, der bei verspäteter Gestellung der Gespanne und mithin verspäteten Eintreffens der Feuerwehr auf der Brandstelle eintreten muß, unbedingt erforderlich.

Berlin, den 10. Oktober 1923.

Der Landrat. Schlemminger.

Veröffentlicht.

Bergfelde, den 31. Oktober 1923.

Der Amtsvorsteher. J. V.: Bors.

Lest und unterstützt die Heimatzeitung

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Gewerbesteuerzuschläge für 1923.

Die Gemeindevertretung hat am 27. d. Mts. den Gemeindegewerbesteuerzuschlag für 1923 auf 700 000% der staatlich veranlagten Gewerbesteuersätze für 1923 festgesetzt.

Die Gewerbesteuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, als Gemeindegewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 700 000% oder das 7000 fache des in ihrem Veranlagungsschreiben angegebenen Gewerbesteuersatzes für 1923 bis zum 10. November d. Js. an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Die bereits gezahlten Beträge werden hierauf angerechnet.

Nach dem 1. April d. Js. abgemeldete Betriebe haben noch für die Zeit ihres Bestehens zu zahlen.

Gewerbesteuern, die bis zum 10. November 1923 nicht gezahlt sind, erhöhen sich um den rechtsgesetzlichen Zuschlag von 400% für jede angefangenen 14 Tage der Zahlungsverzögerungen.

Zahlung einer 1. Nachtragsumlage zur

Grundwert- und Gewerbesteuer für 1923.

Die Gemeindevertretung hat am 27. d. Mts. die Erhebung einer 1. Nachtragsumlage in 600 facher Höhe der bisher für 1923 festgesetzten Grundwertsteuer und Gewerbesteuer beschlossen.

Die Steuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, diese Nachumlage und zwar bei der Grundwertsteuer in 600 facher Höhe der im Veranlagungsschreiben für 1923 angegebenen Steuer, bei der Gewerbesteuer in 600 facher Höhe der sich nach der heutigen Bekanntmachung ergebenden Gemeindegewerbesteuer

bis zum 10. November 1923

an die hiesige Gemeindekasse zu zahlen.

Steuern, die bis zum 10. November 1923 nicht gezahlt sind, erhöhen sich um den reichsgesetzlichen Zuschlag von 400% für jede angefangenen 14 Tage der Zahlungsverzögerung.

Bergfelde, den 31. Oktober 1923.

Der Gemeindevorsteher. Graeber.

Kurze Nachrichten.

— Die sozialdemokratische Münchener Post ist mit sofortiger Wirksamkeit bis auf weiteres vom Generalstaatskommissariat Kahr verboten worden.

— Der Gewerkschaftsbund, die Afa und der Allg. Deutsche Beamtenbund in Dresden haben einen dreitägigen Generalstreik in Sachsen als Proteststreik beschlossen.

— Die Leitung des Niederländischen Roten Kreuzes hat die Initiative zur Bildung einer allgemeinen Kommission zur Unterstützung Notleidender in Deutschland ergriffen.

— Der Papst hat eine weitere Million Lire für die Bedürftigen in Deutschland gespendet.

Eine sozialdemokratische Regierung in Sachsen.

Der Sächsische Landtag hielt am Dienstag abend die erste Sitzung ab. Den ganzen Tag über hatten die Fraktionen beraten. Das Ziel dieser Beratungen war die Bildung einer neuen verfassungsmäßigen Regierung ohne Kommunisten. Dieses Ziel ist nach Beseitigung mancherlei Schwierigkeiten gelungen und damit ist auch das Weiterbestehen der Großen Koalition im Reiche gesichert.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurden insgesamt 64 Stimmen abgeben. 46 entfielen auf Fellisch, 18 Stimmen der Deutschen Volkspartei lauteten auf den Namen ihres Vorsitzenden.

Dem Kabinett werden noch angehören die bisherigen Minister Liebmann (Inneres), Graupe (Arbeit) und Fleißner (Volksbildung). Das Justizministerium wird neu besetzt, der frühere Minister Held erhält die Finanzen, der Reichstagsabgeordnete Kräßig das Wirtschaftsministerium.

Sachsen unter Reichsverwaltung.

Der frühere Reichsjustizminister Dr. Heinze, der vordem sächsischer Minister war, ist zum Reichskommissar für Sachsen ernannt worden.

Wir haben mehr Konflikte im Reich, als unbedingt notwendig ist; zu dem bayerischen, der sich in den letzten Tagen äußerlich scharf zuspitzte, wo man aber doch hinter vielleicht allzu großen Worten auf beiden Seiten, die doch immerhin Möglichkeiten einer Verständigung sind, ist nun auch der sächsische in ein akutes Stadium getreten und wird dadurch, so merkwürdig es klingt, zur Milderung des bayerischen zweifellos beitragen.

Die Wurzel des Streites zwischen Bayern und dem Reich liegt ja letzten Endes darin, daß die bayerische Regierung der Meinung ist, und diese Meinung auch von den wichtigsten bayerischen Parteien geteilt wird, die Reichsregierung stehe allzu sehr unter dem sozialdemokratischen Einfluß, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in ihrer Wirksamkeit. Dabei hat es dann besonders in Bayern verschnupft, daß man in Berlin Bayern und Sachsen auf dieselbe Stufe stellte, daß sogar vielfach in maßgebenden Berliner politischen Kreisen der bayerische Fall als der schlimmere hingestellt wurde.

Die Reichsregierung hat nun durch ihr Vorgehen gegen die kommunistischen Ausschreitungen tatsächlicher und rednerischer Natur in Sachsen sozusagen das Gegenteil der bayerischen Meinung vor Augen geführt. Das Ultimatum der Reichsregierung an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner war veranlaßt worden durch die Reden der kommunistischen Minister und durch Flugblätter gegen die Reichsregierung, die von der gesamten sächsischen kommunistischen Landtagsfraktion unterzeichnet waren, zu der auch die kommunistischen Minister gehören. Die amtliche Mitteilung darüber sagte:

> Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt.

Die sächsische Regierung lehnte dieses auf einen Tag befristete Ultimatum ab, da kein politischer Anlaß dazu vorliege und das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig sei. Daraufhin hat die Reichsregierung den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze, der Deutschen Volkspartei angehörig, zum Regierungskommissar in Sachsen ernannt, und außerdem ist der Reichskanzler ermächtigt worden, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten, die sächsische Regierung oder sächsische Behörden abzusetzen. Auch dadurch wird die Regierung Zeigner als nicht mehr amtierend angesehen, daß der General Müller einen Zusammentritt des Landtages bis zu dem Augenblick verbietet, als er durch den Reichskommissar zusammenberufen wird.

Selbstverständlich wird das Vorgehen der Regierung nicht nur in Sachsen bestimmte parteipolitische Wirkungen auslösen. Ob das Reichskabinett den Beschluß, die Regierung Zeigner zu beseitigen, einstimmig gefaßt hat, also mit Zustimmung der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts, ist nicht klar, für die Folgen des Vorgehens nach einer Richtung hin auch gleichgültig. Denn auf alle Fälle wird innerhalb der Sozialdemokratie, und zwar nicht bloß in Sachsen, sondern auch im Reich der Gegensatz zwischen den seit einem Jahr vereint marschierenden, bis dahin feindlichen Brüdern, den früheren Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten, zweifellos von neuem aufbrennen. Man erinnert sich daran, daß der Widerstand großer Teile der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Wiederherstellung der Großen Koalition nur durch die stärksten Zwangsmittel überwunden werden konnte. Inzwischen hat sich aber unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung, des Elends und der Not, der Druck von links von den Kommunisten her ganz außerordentlich verstärkt, während auf der anderen Seite andere Teile der Sozialdemokratie, wie behauptet wird, unbedingt an der Großen Koalition im Reiche festhalten sollen, und auf dieser Basis auch in Sachsen eine neue Regierung zu bilden, nicht abgeneigt seien. Es fragt sich nun, wer sich in der Partei durchsetzen, ob die Partei überhaupt zusammenbleiben wird.

Und alle diese parteipolitischen Auseinandersetzungen folgenschwerster Art finden in einem Augenblick statt, in dem wieder einmal das Ausland über Deutschlands Schicksal die Würfel wirft. Mit dieser Feststellung ist für jeden Verständigen wohl der Maßstab für die Kritik aller dieser Auseinandersetzungen gegeben. Die Parteien richten sich selbst zugrunde, wenn hier nicht etwas mehr außenpolitische Einsicht eintritt.

Sozialdemokratische Stellungnahme.

Der Vorwärts, das Berliner sozialdemokratische Zentralorgan, bezeichnete die Behauptungen, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Absetzung der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, als unrichtig. Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teile seinen Entschluß loyal der Reichsregierung mit. Die sozialdemokratischen Minister erklärten, daß auch sie das Ausscheiden der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur gewaltsamen Auf-

Der Verkauf

von Altgold, Altsilber, goldenen Uhren und Juwelen ist Vertrauenssache. Lassen Sie sich nicht durch scheinbar hohe Preisgebote per Gramm davon abhalten, Ihre Bestände nur einem ortsansässigen Fachmann anzubieten. Derselbe bietet Gewähr für reelles Gewicht u. Feingehaltsberechnung

Uhren- und Goldwarengeschäft
Paul Schumitz, Ankauf von Edelmetallen und Juwelen,
Birkenwerder ○ Hauptstr. 40.

lehnung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder warnten aber wiederholt und eindringlich vor dem vom Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt, dem sie unheilvolle Folgen in Sachsen und im Reich voraussagten. Sie erreichten durch diesen Widerstand, daß die sofortige Entscheidung unterblieb, die Absendung des Schreibens des Reichswehrministers nicht erfolgte und der Reichskanzler der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden ließ. Während dieser Frist versuchten die sozialdemokratischen Führer in Dresden eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Je nach dem Ergebnis dieser Dresdner Besprechungen behielten sich die sozialdemokratischen Minister ihre Entschließung vor.

Die Reichsverordnung gegen Sachsen.

Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung. Die Verordnung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzbl. S. 905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Berlin, 29. Oktober 1923.

Der Reichspräsident gez. Ebert.

Der Reichskanzler gez. Stresemann.

Die Maßnahmen in Dresden.

Dresden, 29. Oktober. Nachdem gegen 1 Uhr bekanntgegeben worden war, daß die Regierung Zeigner sich dem Verlangen des Reichskommissars gefügt habe, wurde gegen 3 Uhr der Protest, unter dem dies geschah, von der sächsischen Staatskanzlei amtlich wie folgt mitgeteilt: „Die sächsischen Minister haben heute mittag je eine Verordnung des neuernannten Reichskommissars Dr. Heinze erhalten, wonach sie ihres Amtes enthoben sind. Die sächsische Regierung wird gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichsrats fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.“ Heute nachmittag ist Reichswehr im Landtag eingerückt und hat dort Verhaftungen von kommunistischen Abgeordneten und Führern vorgenommen. Die Namen der Verhafteten waren bis zur Stunde noch nicht zu ermitteln. Der Reichskommissar erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, worin er es als seine Hauptaufgabe bezeichnet, zusammen mit dem militärischen Befehlshaber Ordnung und Sicherheit überall im Lande wieder herzustellen, Plünderungen zu verhüten, den Terror auf der Straße und in den Betrieben zu brechen und die Reichssicherheit damit zu festigen die die Voraussetzung für jede gedeihliche Arbeit ist. Seine Hauptsorge werde er der besseren Ernährung widmen, auch werde er dafür Sorge tragen, daß sobald wie möglich eine neue Regierung auf parlamentarischer Grundlage gebildet wird.

Ueber die weiteren Maßnahmen des Reichskommissars wird gemeldet: Durch die Reichswehr sind sämtliche Ministerien und öffentlichen Gebäude besetzt worden. Niemand darf sich aus dem Landtagsgebäude entfernen. Der Militärbefehlshaber hat das Erscheinen sämtlicher kommunistischer Zeitungen in Sachsen bis auf weiteres verboten. Die Druckereien werden polizeilich besetzt.

Die Verhandlungen mit den sächsischen Parteiführern.

Dresden, 30. Oktober. Wie nichtamtlich verlautet, schweben zwischen dem Reichskommissar Dr. Heinze und den sächsischen Parteiführern gegenwärtig Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung. Sollten diese zu einem Ziele führen, so werde der Landtag zusammenberufen werden, um einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen; doch fehlen gegenwärtig noch die Voraussetzungen hierfür. Die militärische Besetzung des Landtags ist heute mittag in eine polizeiliche umgewandelt worden.

England gegen die Sonderbündler.

Eindringen in Köln nicht gestattet.

Die Ansicht der britischen Regierung in der Frage der rheinischen Separatistenbewegung ist der französischen Ansicht genau entgegengesetzt. Die britische Regierung wird das in Koblenz gebildete Separatistenkabinett nicht anerkennen. Jeder Putsch von seiten der Separatisten in Köln wird durch die britischen Streitkräfte verhindert werden.

Unter Umständen könnte ein Versuch gemacht werden, die Engländer aus dem Rheinlande hinauszutreiben, um, wenn die britische Flagge durch die französische ersetzt sei, die Revolverpolitik überall einzuführen. Die Verfassung des Rheinlandes sei von internationaler Bedeutung. Für Großbritannien ebenso wie für Italien, die Schweiz und Holland ständen große Interessen auf dem Spiel.

Separatisten in Mainz.

Am Wochenschluß sind die Aufrührer in Mainz eingedrungen und haben das Stadthaus besetzt, unterstützt von französischen Truppen. Kurz nach der Besetzung des Stadthauses fand eine Durchsuchung sämtlicher Bureauräume durch die Franzosen statt. Dann wurde das Stadthaus von den Franzosen und Sonderbündlern wieder geräumt; einige benachbarte Dörfer wurden besetzt.

Fast überall zurückgedrängt.

In den meisten Orten des Rheinlandes hat sich die Lage gebessert. So sind München-Gladbach, Neuß, Prüm und mehrere andere Orte von den Separatisten frei. In Euskirchen ist die Lage noch ungünstig. In Trier sind an Stelle der Separatistenposten französische Posten aufgezogen mit der Begründung, daß die Separatisten bei ihrem Erscheinen die Bevölkerung zu sehr beunruhigten. Nach den Meldungen aus Aachen soll die Separatistenherrschaft dort von der Interalliierten Rheinlandkommission anerkannt worden sein. Eine Bestätigung fehlt noch. In mehreren Orten sind Plünderungen vorgekommen.

Die Separatisten in Bingen.

Bingen, 29. Oktober. In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr wurden die öffentlichen Gebäude, Bürgermeisterei, Post und Reichsbank, von auswärtigen Separatisten besetzt. Der deutschen Polizei wurde von der Besatzungsbehörde der Waffengebrauch untersagt. Die Sonderbündler waren schwer bewaffnet.

Französische Unterstützung der Separatisten.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. Nach einer Blättermeldung aus Darmstadt haben die Franzosen eine große Anzahl Bürger in dem benachbarten Arbeilgen nach Mainz abtransportieren lassen, weil die Bewohner gegen die Separatisten in Arbeilgen scharf Stellung genommen und der Bürgermeister einige in Schutzhaft hatte nehmen lassen. Die Franzosen haben die sofortige Freilassung der Separatisten verlangt und ohne die Entscheidung der deutschen Behörden abzuwarten, die obigen Verhaftungen vornehmen lassen.

Weiterarbeit der Ruhrzechen?

Verständigung in der Kohlensteuerfrage.

Die fortgesetzten Verhandlungen zwischen der Industriellengruppe um Stinnes und den Franzosen sind nach Meldungen aus Köln zum erfolgreichen Abschluß gekommen. Teilgenommen haben an den Besprechungen, die in Düsseldorf stattfanden, außer dem französischen und dem belgischen Leiter der Mission die deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes, Klöckner, Vögler, Hösch und Hubert von der Dortmunder Union. Dienstag werden die Besprechungen fortgesetzt.

Nach den französischen Berichten ist eine Verständigung in der Sachlieferungsfrage zu erwarten. Die deutschen Industriellen haben die Zahlung der Kohlensteuer übernommen. Es ist ihnen dabei zugesagt worden, daß die Kohlensteuer nur dann bezahlt zu werden braucht, wenn sich herausstellt, daß die Industrie hierbei wirklich bestehen kann. Danach soll die für Montag angekündigte Stillegung der Zechen nicht eintreten.

Die Großindustriellen sollen bereit sein, die Kohlenlieferungen sofort wiederaufzunehmen und dem Reiche für die Rückzahlung des Gegenwerts Kredit zu gewähren, falls die Besatzungsbehörden ihnen einen Teil der Kohlensteuer erlassen. Frankreich und Belgien wollen diese Bedingungen annehmen. Die Wolffgruppe und eine Reihe kleinerer Zechen haben die Kohlensteuer für die Zeit seit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet bereits bezahlt. Die französische Regierung hat heute eine Abordnung unter Führung des Direktors des Credit Nationale Schweißguth nach Düsseldorf entsandt mit dem Auftrag, an Ort und Stelle die finanziellen Folgen der Einstellung des passiven Widerstandes zu studieren. Die Abordnung soll auch alle Finanzfragen prüfen, die durch die augenblickliche Lage im Rheinland aufgeworfen wurden.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, erläßt einen Aufruf an die Katholiken des Auslandes zur Sendung von Lebensmitteln, Kleidung und Kohlen nach den besetzten Gebieten, um der grauenhaft drohenden Hungersnot zu begegnen.

Der „Unterhaltungsrundfunkdienst“.

Berlin, im Oktober.

Der neue „Unterhaltungs-Rundfunkdienst“ wird in diesen Tagen mit Verbreitung von Musikvorführungen usw. auf drahtlos-telephonischem Wege beginnen, und zwar zunächst für Berlin und Umgebung (etwa im Umkreise bis zu 100 Kilometern). Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Dienst werden schon jetzt bei allen Fernsprechämtern oder den zuständigen Postämtern mit Fernsprechämtern oder den zuständigen Postämtern mit Fernsprechvermittlungsstelle entgegengenommen. Diese Stellen erteilen auch die Genehmigung zur Errichtung und zum Betriebe eines Rundfunkempfängers. Die Genehmigungsgebühr — einschließlich einer Abgabe für die Lieferung der Nachrichten — beträgt 25 Mark Grundwert, vervielfacht mit der am Zahlungstage gültigen Verhältniszahl für die Berechnung der Telegraphengebühren im Verkehr nach dem Auslande. Diese Verhältniszahl kann bei jeder Telegrammannahmestelle erfragt werden. Der Rundfunkteilnehmer erhält eine Genehmigungsurkunde, die ein Jahr Gültigkeit hat und nach Ablauf dieser Frist zu erneuern ist.

Die Beschaffung des erforderlichen Rundfunkempfangsgeräts wie überhaupt die Errichtung der Empfangsanlage ist Sache des Rundfunkteilnehmers; eine Mitwirkung der Reichstelegraphenverwaltung kommt nicht in Frage. Bei der Errichtung der Rundfunkempfangsanlagen sind die Bedingungen der Genehmigungsurkunde und des dazu gehörigen Merkblatts genau zu beachten. Aus diesen Bedingungen sei besonders erwähnt, daß nur Empfangsgerät verwendet werden darf, das von der Reichstelegraphenverwaltung geprüft und zugelassen und zum Zeichen dafür mit dem Stempel RTV versehen worden ist. Die näheren Einzelheiten können bei den Fernsprechämtern oder Postämtern mit Fernsprechvermittlungsstellen erfragt werden.

Wiederaufnahme des Schiedsverfahrens.

In London werden Anfang nächster Woche unter englischem Vorsitz Verhandlungen über die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Ruhreinbruchs abgebrochenen Beziehungen des Reichsausgleichsamtes zu den französischen und belgischen Ausgleichsämtern und über erneute deutsche Beteiligung bei den deutsch-französischen und deutsch-belgischen gemischten Schiedsgerichtshöfen stattfinden. Die deutsche Regierung wird bei diesen Verhandlungen durch zwei Beauftragte vertreten sein.

Verlängerung der Demobilmachungsverordnungen.

Die Gültigkeit der Demobilmachungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten läuft am 31. Oktober ab, so daß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich geworden ist. Die Reichsregierung hat diese Verlängerung bis einschließlich Sonnabend, den 17. November, beschlossen. Bis dahin ist mit einer Verabschiedung des vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, das die Demobilmachungsverordnungen ersetzen soll, zu rechnen, da der Reichstag voraussichtlich wieder am 6. November zusammentritt.

Dollarstand Dienstag nachm. 65 Milliarden

Ein Vermächtnis.

Roman von M. Waldbröhl.

105] (Nachdruck verboten.)

„Unter solchen Umständen erkläre ich mich bereit, morgen mit Ihnen nach Paris zu fahren,“ sagte sie. „Denn ich nehme an, daß das Telegramm im Auftrage oder doch mit Vorwissen meines Beschützers abgesandt worden ist. Und seinen Wünschen werde ich mich jederzeit ohne Widerspruch fügen. Es wundert mich nur, daß nicht er selbst es gewesen ist, der Ihnen telegraphierte.“

„Welche Gründe ihn davon abgehalten haben mögen, ist allerdings auch mir unerklärlich. Aber ich glaube Ihnen versichern zu dürfen, daß Gruber eine durchaus vertrauenswürdige Persönlichkeit ist, und daß Sie überdies für Ihre Sicherheit nicht das geringste zu fürchten haben, solange Sie sich unter meinem Schutze befinden?“

Mit einem Lächeln, das seine Seele wie mit eitel Sonnenschein erfüllte, reichte sie ihm die Hand.

„Würde ich mich Ihnen überantworten, wenn ich nicht dessen sicher wäre?“ fragte sie. „Aber um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: es ist auch Ihre Meinung, daß wir von einer Anzeige des heutigen Vorkommnisses Abstand nehmen, nicht wahr?“

Hellbachs Bedenklichkeiten schienen zwar noch nicht ganz geschwunden, aber nach kurzer Ueberlegung sah er sich doch veranlaßt, ihr zuzustimmen.

„Es ist eine schwere Verantwortung, die ich damit auf mich nehme,“ sagte Hellbach zu Ada. „Und ich fürchte, daß es mir später nicht leicht fallen wird, mich deshalb zu rechtfertigen! Aber ich sehe ein, daß mit einer solchen Anzeige nichts anderes erreicht werden würde, als eine zwecklose Belästigung für Sie und jedenfalls eine Verhinderung unserer Pariser Reise. Welche Meinung haben Sie übrigens über die Gründe, die den Mörder veranlaßt haben können, sich wieder in das Haus zu begeben?“

„Ob, das ist doch sehr leicht zu erraten! Nachdem er in jener Nacht trotz der furchtbaren Wirkung seines Erscheinens nichts erreicht hatte, hoffte er in dem verlassenen Hause wahrscheinlich irgendwelche Aufzeichnungen zu finden, die für seinen Auftraggeber von Wert sein könnten. Ich bin überzeugt, daß er heute nicht zum erstenmal in der Villa war, sondern daß er sie nach allen Regeln der Kunst bei wiederholten Besuchen durchtöbert hat. Es ist allerdings merkwürdig genug, daß er dabei von niemandem bemerkt worden ist.“

„Der Mensch hat in der Tat eine geradezu beispiellose Kühnheit an den Tag gelegt. Allem Anschein nach ist er entweder während der ganzen Zeit hier in der Stadt gewesen, oder er ist neuerdings zurückgekehrt, um das begonnene Werk zu vollenden, obwohl er wußte, daß die Behörden noch unablässig nach dem Mörder suchten. Und daß er nun gar gewagt hat, am hellen Tage in die Villa einzudringen, zeugt von einer Dreistigkeit, die alle Vorstellung hinter sich läßt.“

„Die Leute, deren sich mein Oheim bedient, sind wohl noch größerer Verwegenheiten fähig. Aber daß er auch jetzt noch hiergeblieben ist, glaube ich nicht. Er weiß jetzt, daß ich ihn erkannt habe, und daß ich imstande wäre, den Behörden seine genaue Personalbeschreibung zu geben. Darauf wird er es denn doch wohl nicht ankommen lassen!“

Hellbach mußte dieser Vermutung beipflichten, und es blieb bei dem Beschlusse, daß eine Anzeige wegen des heutigen Vorfalls nicht erstattet werden solle — eine Entscheidung, der schließlich auch der Justizrat widerstrebend zustimmte, nachdem Ada ihn mit ihrem süßesten Augenaufschlag darum gebeten hatte. Zwar verstand er die Gründe nicht recht, aber er stand so ganz in dem Bann von Adas unwiderstehlicher Persönlichkeit, daß er wahrscheinlich seinem Gewissen noch größere Zugeständnisse abgerungen haben würde, wenn sie ihn darum gebeten hätte.

Die Mitteilung von der bevorstehenden Reise seines Schützlings nach Paris erfüllte ihn begreiflicherweise mit grenzenlosem Erstaunen. Aber als er hörte, daß außer der Zorka auch Doktor Hellbach sie als ärztlicher Hüter und Beschützer auf dieser nach seinem Dafürhalten allerdings sehr überstürzten Reise begleiten würde, gab er sich auch mit dieser neuen Ueberraschung zufrieden. Und Frau Rembold erhielt Befehl, den Damen nach besten Kräften bei ihren Vorbereitungen behilflich zu sein.

Hellbach selbst hatte für den Rest des Tages alle Hände voll zu tun, um seine Vertretung zu bestellen und den Kollegen, der diese Vertretung übernahm, über die einzelnen in Behandlung befindlichen Fälle zu informieren. Er kam sich seinen Patienten gegenüber wie ein Fahnenflüchtiger vor; aber nicht einen Augenblick geriet er darüber in Versuchung, seinen Plan aufzugeben. Das menschliche Herz verfügt eben über eine Kraft der Ueberredung, vor der sehr bald alle Argumente auch des klarsten Verstandes zu verstummen pflegen.

19. Kapitel.

Verstummte Zeugen.

Doktor Hellbach lag noch im unruhigen Morgenschlummer als ihn ein schriller Anschlag der Nachtglocke auffahren ließ. Nach seiner Gewohnheit sprang er sofort aus dem Bett und eilte ans Fenster, ziemlich fest entschlossen, den Hilfe Heischenden bereits an seinen Vertreter zu verweisen.

Mit einiger Ueberraschung sah er im fahlen Morgengrauen das schwache Blinken eines Schutzmannshelmes unten auf der Straße.

„Was gibt's?“ fragte er. „Einen Unglücksfall?“

„Nein, Herr Doktor, so kann man es wohl nicht nennen! Der Militärposten vor dem Gefängnis hat zwei Menschen angeschossen, von denen der eine ein flüchtender Häftling war. Ich soll den Herrn Doktor bitten, recht schnell zu kommen; denn es stände augenscheinlich sehr schlecht um die beiden.“

(Fortsetzung folgt.)

Krupp kann weiterarbeiten.

Es verlautet, daß die Verhandlungen der Firma Krupp mit der französischen Kommission in Düsseldorf in den nächsten Tagen zu einem Abschluß gelangen werden. Die Firma Krupp soll dadurch die Möglichkeit erhalten, gegen Hinterlegung einer Sicherheit ohne Festlegung auf spätere Dauerabgaben die produktive Arbeit in einem gegenüber den letzten Wochen erweiterten Maße wieder aufzunehmen. Hierdurch würde sich eine längere Arbeitslosigkeit für etwa 75000 Arbeiter und Angestellte in Essen, Rheinhausen sowie den Kruppschen Zechen vermeiden lassen.

Die Steuerfrage in Bayern.

Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr hat an die Landesfinanzämter das dringende Ersuchen gestellt, daß von den am 1. und 5. November fälligen Reichssteuerraten, die der Landabgabe und, soweit der Mittelstand in Betracht kommt, auch die Arbeitgeberabgabe, unterbleibt, bis auf die von der bayerischen Regierung neuerlich zwecks Milderung der Steuergesetzgebung und des Steuervollzuges eingeleiteten Schritte eine weitere Stellungnahme der Reichsregierung erfolgt. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung haben daher die Landesbauernkammer und der Handwerkerkammertag den Landwirten und Gewerbetreibenden die Weisung gegeben, die am 1. und 5. November fälligen Steuern an Landabgabe und Betriebssteuern solange nicht zu leisten, bis eine Revision dieser Steuergesetze auf Grund der Entschließung des Generalstaatskommissars an die Landesfinanzämter erfolgt ist.

Gegen die Loslösung der Pfalz.

Nürnberg, 29. Oktober. Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei verurteilte die sonderbündlerischen Loslösungsbestrebungen der Pfälzer Sozialdemokraten. Da der Weg zur verfassungsrechtlichen Selbständigkeit eines deutschen Landes in der Verfassung genau vorgeschrieben ist, lehnte sie die Verantwortung für diese ohne jede Verständigung maßgebender Parteiinstanzen versuchte Politik nachdrücklichst ab.

Die amerikanischen Weizensendungen.

Aus Washington wird bestätigt, daß die amerikanische Regierung bereit sei, Schritte zu tun, um als Hilfeleistung im Fall einer Hungersnot in Deutschland große Schiffsladungen von Weizen nach Deutschland zu schicken. Die Frage einer Unterstützung im Fall, daß Deutschland nicht in der Lage wäre, die Sendung zu finanzieren, wurde in der gemeldeten Besprechung des Präsidenten Coolidge mit einer Gruppe von Weizenhändlern erörtert, die den Vorschlag machten, daß die Sendungen von der Kriegsfinanzkorporation finanziert werden sollten.

Gute Anleiheaussichten in Amerika.

Nach dem „New York Herald" sind die Aussichten einer Anleihe für Deutschland durchaus günstig zu nennen. Amerika erhofft von der Sachverständigenkonferenz endlich eine Festsetzung der deutschen Reparationssumme und wünscht, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkommt. Sobald die Arbeiten der Sachverständigenkonferenz beendet sein würden, würde Amerika die Ermächtigung zur Ausgabe einer Anleihe für Deutschland erteilen, die voraussichtlich zum größten Teil in Amerika selbst gezeichnet würde.

Todesstrafe für Hochverrat.

Hamburg, 29. Oktober. Das während der Unruhen eingesetzte außerordentliche Gericht verurteilte den 22-jährigen, ledigen Arbeiter Ernst Johann Anton Thorell wegen Hochverrats und Aufruhrs zum Tode und wegen anderer Vergehen zu sechs Jahren Zuchthaus.

Frankreich.

× **Poincarés Sonntagsrede. Wie üblich hat der französische Ministerpräsident am Sonntag bei einem Kriegerverein gesprochen und dabei den „böswilligen Schuldner" Deutschland ebenso angegriffen wie zahllose Male vorher. Poincaré kam zu dem Schluß, daß die Reparationskommission ohne weiteres die offiziösen Vertreter der Vereinigten Staaten bitten könne, amerikanische Sachverständige aufzufordern, mit französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die jetzt vorhandene Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen und von Deutschland ein Programm der wirtschaftlichen Reorganisation und einen genauen Reparationsplan einzufordern. Aber Frankreich könne sich damit nicht einverstanden erklären, daß die Reparationskommission durch einen Organismus ersetzt wird, bei dem sein jetzt bereits geminderter Einfluß noch mehr beschränkt wird.**

Bonar Law †.

London, 30. Oktober. Der frühere Premierminister Bonar Law ist heute nacht an Lungenentzündung gestorben.

Die türkische Republik.

Die Nationalversammlung von Angora hat die Türkei zur Republik erklärt mit Mustapha Kemal Pascha als Präsidenten.

Hamburg. Der ehemalige Reichskanzler Cuno ist mit dem Dampfer „Albert Ballin" aus den Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

Jena. Der thüringische Landtag wählte den früheren Wirtschaftsminister Frölich zum Minister des Äußern und zum Ministerpräsidenten.

Haag. Das Ministerium Ruys de Beerenbrouck hat im Hinblick auf die Ablehnung des Flottengesetzes durch die Zweite Kammer seine Demission eingereicht.

Warschau. Die angekündigte Umänderung des Kabinetts zwecks Erstarkung des nationalistischen Flügels ist nunmehr erfolgt. Korfanty wird Minister ohne Portefeuille und zugleich Vizepremierminister.

Konstantinopel. Nach einer außerordentlichen Sitzung der Türkischen Volkspartei unter dem Vorsitz Mustapha Kemal Paschas hat das Angora-Kabinett seine Demission erteilt.

Korbsessel

bedeutend billiger wie in Berlin.
Dauernd grosser Einzelverkauf an Private.
Weit unter Ladenpreis.

Spreewitz, Reinickendorf, Residenzstrasse 132, kein Laden.
10 Minuten vom Bahnhof Reinickendorf - Rosenthal

Birkenwerder.

* **Sitzung des Niederbarnimer Kreistages** am 27. Oktober. (Schluß). Der Landrat ging dann zum Haushaltsplan selbst über, der für das laufende Rechnungsjahr noch nicht aufgestellt werden konnte, weil kein Mensch den Bedarf wirklich abschätzen konnte und die Steuerreform noch nicht abgeschlossen worden sei. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat aber der Kreisausschuß für das erste Halbjahr an Kreissteuern 204 Milliarden ausgeschrieben, von denen bisher nur 32,7 Milliarden eingegangen sind. Dies habe jedoch seinen Grund darin, daß die Endfrist für die Einziehung erst am 15. November ablaufe. Der Fehlbetrag des Haushaltsplanes für 1923 betrage 7,8 Billionen. Als Zuschuß für die Kreiskrankenhäuser seien nach dem augenblicklichen Geldstand 4 Billionen eingestellt, was mehr betrage als der Gesamtzuschuß zur Kommunalverwaltung. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft habe vorgeschlagen, zur Erzielung größerer Ersparnisse in der Krankenhausverwaltung das Krankenhaus Alt-Landsberg und nötigenfalls noch ein weiteres zu schließen. Der Kreisausschuß habe sich bereits damit beschäftigt, sei aber zu dem Ergebnis gekommen, zunächst noch davon abzusehen. Er habe angeordnet, daß für die Dauer der nächsten vier Wochen die Krankenhäuser keine Anschaffungen über den täglichen Bedarf hinaus machen dürfen. K.-A. Schoof-Oranienburg wandte sich in scharfen Worten gegen die Besoldung einzelner Beamter, die nicht beschäftigt werden. Man müsse sich wundern, daß es noch Beamtenorganisationen gebe, die sich hinter diese Leute stellen und für sie Klagen auf Erlaß von einstweiligen Verfügungen usw. erheben. Der Landtag, der das Gesetz Groß-Berlin geschaffen habe, müsse auch die überzählig gewordenen Beamten zwingen, nach Berlin zur Arbeit zu gehen oder andererseits den Mut aufbringen, den damals versäumten Beschluß noch heute nachzuholen. Im weiteren Verlauf der Haushaltsdebatte empfahl K.-A. Terjung-Birkenwerder, gegenüber den Eingemeindungsbestrebungen des Oberbürgermeisters Boeß zum Angriff überzugehen. Der Hieb sei die beste Parade. Der Kreistag müsse die Haltung des Landrats billigen und die Stellung des Oberbürgermeisters Boeß im 16. Ausschuß des Landtages, wonach er noch weitere Teile des Kreises eingemeinden möchte, mit Entschiedenheit zurückweisen. Landrat Schlemminger betonte, daß der Kreis bei der demnächst stattfindenden Besichtigung durch den 16. Ausschuß durch Kommissare vertreten und daher nicht schutzlos sei und seine Rechte selbstverständlich voll wahren werde. Damit war die Haushaltsaussprache geschlossen. Der Kreistag stimmte mit 19 : 4 Stimmen den Anträgen des Kreisausschusses zu, wonach für das Rechnungsjahr 1923 die Haushaltspläne von 1922 gleichfalls in Geltung bleiben. Landrat Schlemminger berichtete über die neue Besoldungsordnung und den neuen Gruppenplan der Beamten und Festangestellten des Kreistages, woran sich eine längere Debatte knüpfte. Der Kreisausschuß schlägt noch weitere Aenderungen vor, die der Bewertung einzelner höherer Beamtenstellen, z. B. des ersten Kreissyndikus und der leitenden Krankenhausärzte, besser gerecht werden. Bei der Beratung der Besoldungsordnung tritt K.-A. Kühn-Birkenwerder warm für die Beamtenschaft und den Antrag des Kreisausschusses ein. K.-A. Sigrist-Hohen Neuendorf vertrat den Standpunkt, daß alle Beamten, damit ihnen das Existenzminimum gesichert werde, in Gruppe 10—13 hineingebracht und alle niedrigeren Gruppen gestrichen werden müßten. K.-A. Schoof-Oranienburg wandte sich gegen die Art der Behandlung, die der Besoldungskommission von den von ihr angehörten Beamten zuteil geworden sei. Das sei der Grund gewesen, warum die Kommission schließlich ohne die Beamten weiter verhandelt habe. Der Redner wandte sich dann auch gegen den Landrat über dessen Vorgehen in der Kommission und insbesondere gegen den Regierungspräsidenten, das die niedriger besoldeten Beamten noch weiter herabsetzen und die hochbesoldeten noch höher gruppieren will. Die Mittel für die Beamtenbesoldungen müßten die noch viel mehr notleidenden Steuerzahler des Kreises aufbringen. Die höher besoldeten Beamten sollten infolgedessen zum Besten der notleidenden Bevölkerung auf gewisse Aufbesserungen verzichten, wie es der Reichspräsident bereits getan habe. K.-A. Terjung-Birkenwerder weist darauf hin, daß der Beamtenstand zur Zeit gescherter sei als andere Stände, daß es ihm relativ besser als diesen ginge; er befürwortet einen gemeinsamen Antrag Schoof-Oranienburg, Meyer-Oranienburg, Kühn-Hohen Neuendorf, wonach die Höchstbesoldungsklasse, in denen der Syndikus, die leitenden Aerzte eingruppiert sind, wegfallen solle. Nach kurzer Auseinandersetzung über die persönliche Seite der Frage zwischen dem Landrat und K.-A. Schoof stimmte der Kreistag dann der neuen Besoldungsordnung und dem Grundplan mit Gültigkeit bis zum 31. März 1924 zu. Die Steuervorlagen wurden ohne Debatte angenommen; die Erhöhung der Schankkonzessionssteuer auf die zulässigen Höchstsätze und der Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung. Ebenso stimmte der Kreistag dann ohne weitere Debatte der Uebernahme der Bürgschaft für Darlehn und Zwischenkredite zu, die zu Siedlungszwecken gegeben werden, und ermächtigte den Kreisausschuß, in solchen Fällen den Geldgebern gegenüber selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Den Schluß des Kreistages bildeten Wahlen. Es wurden gewählt zu Mitgliedern des Wasserschauamts 3 der Erbsitzer August Walther-Neuholland und der Büdner Leue in Germendorf; zum Ersatzmitglied des Wasserschauamts 5 der Gemeindevorsteher Dörfer in Prenden; zum Mitglied des Wasserschauamts Panke der Ackerbürger Rudolf Devrient in Bernau, zum Stellvertreter Landwirt Otto Schröder in Zepernick; zum Mitglied des Wasserschauamts Tegeler Fließ Landwirt Seeger in Schildow, zum Stellv. Landwirt Gustav Dahme in Hoh. Neuendorf; zum Mitglied des Wasserschauamts Wuhle Landwirt Ernst Baach in Ahrensfelde, zum Stellvertreter Landwirt Hermann Janert in Ahrensfelde. Zum stellvertretenden Mitglied des Grundvermögenssteuerausschusses wurde aus den Kreisen der Grundbesitzer Pastagent Markau in Rassenheide, zu Mitgliedern aus dem Kreise der Nichtgrundbesitzer Gemeindevorsteher Behse in Glienicke und Friseur Paul Suckrow in Liebenwalde, zu Stellvertretern Gemeindeobersekretär Lehmann in Hohen Neuendorf und Sattlermeister Hans Koerbler in Schönfließ gewählt. Nach Erledigung der Tagesordnung fragte K.-A. Kühn-Hohen Neuendorf an, wie es mit dem Beginn der Arbeiten an dem Ableitungsgraben bei Hohen Neueudorf stände. Der Landrat antwortet, daß voraussichtlich am Montag, den 29. Oktober mit den Arbeiten begonnen würde.

* **Die Notlage breiter Volksschichten.** (Fortsetzung und Schluß des Artikels vorig. Nr.) An der Diskussion nahmen besonderen Anteil die Herren Saalmann, Seelenfreund, Christ, Daubert, Dr. Hoffmann, Handky und Frau Smilowski. Besonders Dr. Hoffmann und Seelenfreund gaben praktisch gut ausführbare Ratschläge und Rektor Winter entrollte ein Bild grenzenlosen Kinderelends. Borck, der als Vertreter der Erwerbslosen sprach, legte gegen den Vorwurf Verwahrung ein, daß die Erwerbslosen Forderungen aufgestellt hätten; sie hätten vielmehr nur Vorschläge zur Erwägung bei dem Gemeindevorstand unterbreitet. Einmütig aber kam der gute Wille zur schnellen und wirksamen Hilfe zum Ausdruck, so daß kleine Reibungen im Umrehen beseitigt werden konnten. Dr. Wieland wies darauf hin, daß Mittel für die Ausbesserung reparaturbedürftiger Straßen durch eine Umlage aufgebracht werden könnten, welche der Gemeinde auf eine gewisse Zeit zu stunden sei, Rektor Winter erinnerte an die Ausnützung des Wasserfalls und die dafür erforderlichen Vorarbeiten und Seelenfreund empfahl die Anfertigung von Sandsteinen, durch die dann auch die Bautätigkeit in Gang gehalten werden könnte. Handky fordert eine dringliche Sitzung der Gemeindevertreter. Schließlich wurde der Vorschlag gemacht zu geben, was jeder entbehrlich im Hause habe und so kam eine Sammlung zustande, die folgendes Ergebnis hatte: 28 Ctr. Kartoffeln, 2 Ctr. Kohlrüben, 5 Pfund Margarine, 20 Pfund Erbsen, 5 Pfund Nudeln, 5 Ctr. Braunkohle, 8 Ctr. Briketts, 235 Milliarden bar. Außerdem verpflichtete sich einer der anwesenden Geschäftsleute, bis auf weiteres täglich ½ Goldmark zu geben. Ferner erboten sich einige Damen und Herren, täglich fünf Kinder Mittags zu beköstigen und von seiten anderer Geschäftsleute wurde Lieferung von Lebensmitteln zugesagt. Die Zuteilung wurde nach übereinstimmenden Wunsche in die Hand der Gemeinde und einer kleinen, noch zu bestimmenden Kommission gelegt. Dr. Nemirowski regte an, daß die Anwesenden am Abend nach der Gemeindevertretersitzung nochmals zu einer Beratung zusammentreten möchten, und es wurde diesem Antrage stattgegeben, so daß die Wiederholung der Besprechung zwischen den Teilnehmern an der ersten Konferenz am Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr im Rathaussaal stattfindet. Amtsvorsteher Jung dankte den Erschienenen für den einmütigen Willen zur tatkräftigen Hilfe und schloß um ½10 Uhr die Sitzung. Möge diese Hilfsbereitschaft so lange bestehen, bis es der Gemeindeverwaltung gelungen ist, Mittel zur Abwendung der Not, besonders durch Erschließung von Erwerbsmöglichkeiten in die Wege zu leiten.

* **Ein Kind ertrunken.** Beim Spielen am Stichkanal 3 ertrank das etwa 2jährige Kind des Herrn Radensleben, hier, Industriestraße.

* **Patentschau.** Johann Plötz, Birkenwerder. Dichtung für Türen, Fenster u. dergl. Gebrauchsmusterschutz.

* **Nur noch nach Millionen gerechnet, ein- und ausgezahlt** wird vom 1. November ab bei der Reichspost und ihren sämtlichen Anstalten. Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems, unter deren Wirkung die pünktliche Abfertigung der Bevölkerung an den Postschaltern außerordentlich leidet, sieht sich die Reichspost- und Telegraphenverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungsverkehr und das Gebührenwesen auf die Millionenmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Wertsendungen, Zahlkarten, Postüberweisungen, Ersatzüberweisungen, Postschecks und Zahlungsüberweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei die Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen" zu schreiben; z. B. ist also statt 16 000 000 Mark künftig 16 Millionen Mark zu schreiben. — Die Stammeinlage, die auf jedem Postscheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchteile von 1 Millionen Mark, die über den 1. November hinaus als Guthaben auf den Postscheckkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen werden.

* **Wieder neue Vorortpreise.** Im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr ist der Mindestfahrpreis der Einzelfahrkarte vom 29. Oktober ab auf 1 Milliarde in der 3. und 1,5 Milliarden in der 2. Klasse festgesetzt worden. Der Zonenabstand in der 5. bezw. 2. Klasse beträgt 300 bezw. 400 Millionen Mark.

* **Wertbeständigkeit der Gehälter.** Zu diesem Artikel in voriger Nummer sei folgendes bemerkt: Das im letzten Satz angezogene Beispiel, wonach ein Beamter für die Zeit vom 1. bis 8. November 1 bis 1½ Billionen an Gehalt bezieht, trifft erst bei Gruppe XII zu. Nach den Anweisungen des Reichsfinanzministeriums erhält ein Beamter in mittlerem Dienstalter für das 1. November-Viertel in Gruppe IV rd. 304 Milliarden, Gruppe VII rd. 430 Milliarden, Gruppe X 651 Milliarden Mark.

* **Verzehnfachung der großstädtischen Zeitungspreise.** Sämtliche Großstadtzeitungen haben für diese Woche ihre Bezugspreise verzehnfacht, entsprechend der Verteuerung ihrer Betriebs- und Herstellungskosten. Selbstverständlich muß auch die Lokalpresse ihre Preise der Geldentwertung folgend, entsprechend erhöhen. Eine umfangreichere Großstadtzeitung kostet in dieser Woche zwanzig Milliarden oder eine Kleinigkeit weniger.

Hohen Neuendorf.

Die Ermäßigungen bei der Lohnsteuer.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 28. Oktober bis zum 3. November 1923 „6000". Danach ergeben sich für diese Woche folgende Sätze: Für Steuerpflichtige und Ehefrau je 1036,8 Millionen, für jedes minderjährige Kind 6912 Millionen und für Werbungskosten 8640 Millionen Mark. Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Millionen Mark nach unten abzurunden.

* **U.-T.-Lichtspiele.** „Des Apachen Glanz und Elend", ein Sensations- und Abenteuer-Drama, kommt Donnerstag und Sonntag zur Vorführung. Der Riesenfilm, der 6 Akte umfaßt, wird die Besucher von Anfang bis zum Ende in Spannung erhalten. In der Hauptrolle Maria Zelenka.

* **Verbilligte Monatskarten.** Da die Tarife der Reichseisenbahn mit dem 1. November auf Goldmark gestellt werden, Gehälter und Löhne aber noch nicht auf Goldmarkbasis aufgebaut sind, hat der Reichsverkehrsminister die Preise der Monats-, Schülermonats-, Wochen- und Kurzarbeiter-Wochenkarten vorübergehend um 50% ermäßigt. Gleichzeitig werden die Mindestpreise auf 4 Kilometer und zwar auf 10 Pfennig in der vierten, 15 in der dritten, 45 in der zweiten und 90 in der ersten Klasse festgesetzt. Ferner wird ab 1. November als Uebergangsmaßnahme für Kurzarbeiter, die nur einen Tag in der Woche arbeiten, eine einfache, für Hin- und Rückfahrt gültige Karte 4. Klasse mit dem Stempel „Rückfahrt" gegen einen entsprechenden Ausweis ausgegeben.

* **Verminderung des Zugverkehrs.** Vom 12. November ab finden bedeutende Zugeinschränkungen auf der Reichsbahn statt, die über das Maß der gewöhnlichen Wintereinschränkungen hinausgehen. Diese Absicht ist wohl zu gleichen Teilen auf die Notwendigkeit der Kohlenersparnis, wie auf die fortgesetzte Verminderung des Personenverkehrs zurückzuführen.

Bestellungen auf unsere Zeitung für den Monat Novbr. nehmen noch alle Postämter sowie die Briefträger täglich entgegen. — Bereits erschienene Nummern werden nicht nachgeliefert. !

Aus dem Amtsbezirk Schönfließ.

* **Bergfelde.** Gemeindevertretersitzung am 27. Oktober. Anwesend waren außer dem Gemeindevorsteher Graeber die Schöffen Wagner und Reißner, sowie die Gemeindevertreter Haase, Liebscher, Werner, Güldemeister, Bors und Frau Heuer; verspätet erschien G.-V. Nega. Punkt 1. Festsetzung der Entschädigung für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen durch den Briesetal-Boten. Der Antrag des Verlages wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Punkt 2. Festsetzung von Entschädigungen. Der Frau Brieger werden für Reinigung der Büroräume monatlich 50 000 Mark bewilligt, rückwirkend ab 1. Oktober, hierzu treten alsdann noch die Gehaltszuschläge der Beamten. Dem Nachtwachbeamten Schulz werden für seinen Wachhund die Futterkosten wie folgt bewilligt: am 1. und 15. jeden Monats den Betrag, der dem Preise eines Brotes an dem betreffenden Tage gleichkommt. Punkt 3. Bewilligung von Kosten. Der Zahlung von drei Nachtragsumlagen für die Amtsunkosten wird zugestimmt; desgl. Zahlung von 710 000 Mark an das Mietseinigungsamt Birkenwerder. Die Erbauung des durch Feuer vernichteten Schulstalles hat 451 Millionen Kosten verursacht. Die Beihilfe der Feuerversicherung betrug 426 Millionen. Der noch bestehende Fehlbetrag von 25 Millionen wird von der Vertretung bewilligt. Die Zahlung der Kreissteuer für das 2. Vierteljahr im Betrage von 738 Millionen wird ebenfalls genehmigt. Punkt 4. Die Gemeindeverwaltung will gegen den Landwirt Magnus in Stolpe eine Klage anstrengen zwecks Herausgabe der s. Zt. gekauften und bezahlten 2 Ztr. Hafer. Die Vertretung ist hiermit einverstanden und erteilt die Genehmigung. Punkt 5. Nachtragsumlage zu den Realsteuern. Der Gemeinde-Gewerbesteuerzuschlag für 1923 wird auf 700 000 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuersätze festgesetzt und genehmigt. Die schlechte finanzielle Lage der Gemeindekasse, verursacht durch die Unterstützungszahlungen an Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, erfordert eine Nachtragsumlage zur Grundwert- und Gewerbesteuer für 1923. Die Vertretung konnte sich nur schweren Herzens zu dieser Umlage verstehen; beträgt doch die Einnahme der Gemeindekasse nur $3^1/_2$ Milliarden, der eine Ausgabe von 2 Billionen 194 Milliarden gegenübersteht. Unter Verschiedenes erklärt sich die Gemeindevertretung damit einverstanden, daß der Vertrag betr. Telefon-Nachtanschluß auf weitere drei Monate verlängert wird. Der Gemeindevorsteher teilte ferner mit, daß ein Schreiben an das Gaswerk Niederbarnim-West betr. Preisforderung noch nicht beantwortet ist und schloß hierauf die Sitzung.

Berliner Nachrichten.

* **Doppelte Preisberechnung und Preisauszeichnung.** Von Montag ab wird im Lebensmittelhandel doppelte Preisberechnung und Preisauszeichnung vorgenommen, da einerseits durch die Ausgabe des wertbeständigen Geldes, auf der anderen Seite durch den Umlauf des Papiergeldes eine Doppelrechnung notwendig geworden ist. Die Händler müssen die Warenpreise in Papier- und in Goldmark anzeigen. Bei der Umrechnung dürfte es selbstverständlich in der ersten Zeit gewisse Swierigkeiten geben, die sich aber mit der Zeit beheben lassen werden. Maßgebend für das Publikum ist, daß der Handel bei Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe bis zum Mittag des laufenden Tages den amtlichen Kurs vom Tage vorher anrechnen muß. In den Nachmittagsstunden ist dagegen der mittags herauskommende amtliche Kurs des laufenden Tages gültig. Die doppelte Preisberechnung greift Platz für folgende Lebensmittel: Fette, Speck, Teigwaren, Mühlenfabrikate, gedörrtes Obst, reine Kolonialwaren wie Kakao, Kaffee, Tee, Marmelade usw. Für frisches Obst, Gemüse, Kartoffeln und Eier bleibt, bis auf weiteres die Bezahlung in Papiermark noch bestehen.

* **1,2 milliardenfache Grundmiete im November.** Der Magistrat Berlin hat in einer seiner letzten Sitzungen über die Festsetzung der Novembermieten Beschluß gefaßt; die neuen Sätze haben bereits die Zustimmung des Oberpräsidenten gefunden. In einfachen Häusern haben die Mieter danach am 1. November zu zahlen: 30 Milliarden Prozent Verwaltungskosten und 90 Milliarden Prozent Instandsetzungskosten. Die im Juli 1914 gezahlte Miete abzüglich 20 Prozent ist also mit 1,2 Milliarden zu multiplizieren, um den November-Mietzins zu errechnen. Ueber alle Einzelsätze (Verwaltungskosten in Häusern mit besonderen Einrichtungen große Instandsetzungsarbeiten, Betriebskosten usw.) orientiert die Tabelle, die in der morgen erscheinenden Ausgabe der „Auskunftei" veröffentlicht wird.

* **Wiedereröffnung des Kabelwerks Oberspree.** Von der Direktion wird mitgeteilt, daß die Absicht bestände, am Donnerstag den Versuch einer allmählichen Wiederaufnahme des Betriebes im Kabelwerk Oberspree in der Weise zu machen, daß anfangs nächster Woche der ordnungsmäßige Betrieb wieder in Gang ist. Das Ersuchen des Gesamtbetriebsrats, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen, wurde abgelehnt, es werden nur diejenigen Arbeiter eingestellt, bei denen die Gewähr dafür besteht, daß derartige Zustände nicht wieder einreißen können.

Berliner Marktberichte.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 29. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin, für Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst für 100 Kilogramm. Preise in Goldmark. (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar Goldanleihe): Weizen märkischer 155—157. Befestigt. Roggen märkischer 141—142,75. Befestigt. Gerste, Sommergerste 136—138,50. Stetig. Hafer märkischer 107—109. Befestigt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 22,50—25. Stetig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 22,50—25. Stetig. Weizenkleie frei Berlin 5,20—5,40. Ruhig. Roggenkleie frei Berlin 5,20—5,40. Ruhig. Raps 215—218. Fest. Leinsaat 320—350. Fest. Viktoriaerbsen 35—40, kleine Speiseerbsen 33—36, Rapskuchen 8,90—9,10.

* **Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung.** In der abgelaufenen Woche vom 20. bis 29. Oktober hat sich der Großhandelspreisindex der Industrie- und Handelszeitung von 1 962 381 423,28 auf 16 086 447 317,91, also um 719,7 % erhöht. Der Außenwert der Mark, gemessen am Dollar, dessen wochendurchschnittlicher Mittelkurs in Berlin von 6 704 000 000 auf 57 800 000 000 stieg, fiel um 762,2 %. Am stärksten war in der abgelaufenen Woche die Preissteigerung innerhalb der Gruppe Getreide, Mehl (+ 811,3 %). Auch in der Gruppe Textilien überschritt die Erhöhung (+ 791,4 %) die Markentwertung, am Dollar gemessen.

* **In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 29. Oktober folgende Pfundpreise (in Millionen Mark) verlangt:** Rindfleisch 20 000—80 000, Kalbfleisch 14 000—80 000, Hammelfleisch 30 000—35 000, Schweinefleisch 30 000—35 000, geräucherter Inlandspeck 38 000—42 000, Hasen 12 000, Gänse 12 000 bis 18 000, Enten 15 000, Hühner 14 000—18 000, Schellfisch 5000 bis 10 000, Kabeljau 14 000, Heringe 5000—6500, Bücklinge 8000—12 000, Apfel 2000—7000, Birnen 1000—8000, Kartoffeln 520—525, Weißkohl 450—700, Rotkohl 1015—1200, Spinat 900, Kürbis 700, Mohrrüben 300—500, Tomaten 22 000—3000, Zwiebeln 1015—1200, Erbsen 5000—5600, weiße Bohnen 4200 bis 5400, Butter 22 000—30 000, Margarine 9400—14 000, Schmalz 14 000—15 000, Harzer Käse 7600, ein Ei 1700, Kunsthonig 5400, Pflaumenmus 4000—8000, Malzkaffee 2700—3600, Zucker 5200 bis 5800, Weizenmehl 3000—3400, Salz 1000, Streichhölzer (die Schachtel) 500.

Aus der Mark.

Hermsdorf. Die Sammlung von Kleingeldscheinen durch den Kriegerverein hat die Summe von 313 255 922,50 Mark ergeben, die der Wohlfahrtsgemeinschaft der Witwen- und Waisenbeihilfe zugeführt wurde.

Lankwitz. Der erste Groß-Berliner Wärmeraum für alte Leute ist in Lankwitz in der ersten Gemeindeschule mit einer kleinen Feier in Anwesenheit von Vertretern der Bezirksbehörden, der Kirchengemeinde und der mitwirkenden Vereine eröffnet worden. Der Wärmeraum, der gemütlich eingerichtet ist, wird täglich von 1 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein. Die Gäste des Wärmeheims sollen nicht nur von Zeit zu Zeit durch künstlerische Vorträge erfreut werden, sondern auch geeignete Heimarbeit erhalten.

Freienwalde a. O. Das Kreisblatt veröffentlicht folgendes Eingesandt: Achtung Vormünder! Die Kreissparkasse hat sämtliche Spareinlagen unter zwei Millionen Mark auf 16. 11. gekündigt. Kein Vormund darf sich die in Gold gegebene Einlage ohne Aufwertung in Papiergeld zurückzahlen lassen. Unterschrift.

Kampehl. Berliner Verbrecher haben hier gestern früh einen ungeheuren Frevel begangen. Sie steckten eine große Feldscheune und sieben große Kornmieten, Weizen, Roggen und Hafer enthaltend, in Brand, und ungeheure Vorräte wurden ein Raub der Flammen und dadurch der Volksernährung entzogen. Welcher Wahnsinn, zu denken, daß auf diese Weise etwas geändert oder gebessert werden könne!

Spremberg. Ein Alkoholverbot hat der Landrat mit sofortiger Wirkung infolge der gespannten wirtschaftlichen Lage und der Befürchtung ausbrechender Unruhen für den Kreis Spremberg erlassen. Die Polizeibehörden sind aufgefordert worden, alles weitere zu veranlassen.

Rathenow. Angesichts der sich immer mehr häufenden Einbrüche und Diebstähle in Geschäften, haben die Rathenower Geschäftsleute beschlossen, gemeinsam einen bewaffneten Selbstschutz für die Bewachung der Geschäfte während der Nacht einzurichten.

Meseritz. Eine weite Reise hat ein kleiner Luftballon gemacht, den die Kinder des Landwirts Gotthold Sperling in Schierzig fanden. Er hat die Aufschrift „Viergenoire Charleroi" (Belgien) und trug die Besuchskarte, auf der Herr und Frau Sotiaux in Marcinelle um Mitteilung des Fundortes und des Finders bitten und mitteilen, daß der Ballon anläßlich eines Wettfliegens aufgelassen wurde.

Redaktion, Druck u. Verlag: Friedrich Püschel, Birkenwerder.

U.T. Lichtspiele U.T.
an der Nordbahn.
Donnerstag, den 1. Novbr., Sonntag, den 4. November im Rest. „Zur Klause" am Bahnhof Hohen Neuendorf Freitag, den 2. November, in Birkenwerd. Rest. Boddensee
abends 8 Uhr
Des Apachen Glanz u. Elend.
Sensations- und Abenteuer-Drama in 6 Akten.
In der Hauptrolle Maria Zelenka.
Spannung von Akt zu Akt.
Außerdem ein reizendes Lustspiel.
Es ladet frdl. ein Die Direktion.

Fritz Junghans
Dentist.
Birkenwerder, Hohenzollernstr. 29 am Sanatorium.
Erstkl. Zahnersatz in Kautschuk, Brücken u. einzeln. Kronen in Gold und Goldersatz.
Schmerzlind. Extraktionen, Plomben etc.
Sprechst.: Montag u. Donnerstag v. 2—6 Uhr
Berlin, Schönhauser Allee 183.
Telefon: Amt Norden 5776.
Zugel.: Ortskrankenkasse Niederbarnim, Eisenbahnbetriebskrankenkasse.

Bitte ausschneiden u. aufbewahren!
Es gibt gegen Störungen und krankhafte Erscheinungen der
monatlichen Regel
zahllose Mittel, von denen jedes das beste sein möchte.
Aber die kluge Frau, die keine Enttäuschungen erleiden will, wendet sich an mich, einer erfahrenen Frau. Bitte schreiben Sie sofort.
Völlig diskrete unauffällige Bedienung.
1000e freiwillige Dankschreiben bezeugen den Erfolg in wenigen Stunden
Warne vor minderwertigen Nachahmungen. Nur meine Mittel als beste anerkannt auch von ersten ärztlichen Autoritäten.
Frau Elsa Groot, Hamburg 61 Krankenbehandlerin, Bücherstr. 20.

Vaterländischer Frauen-Verein Birkenwerder.
Um der **allgemeinen Not** zu steuern und beschäftigungslosen bezw. wenig beschäftigten Frauen unserer Gemeinde Gelegenheit zu geben, sich **einen Verdienst zu erwerben,** haben wir eine **Ausgabestelle** zur Anfertigung von **Handarbeiten (Stickereien und Strickereien), Wäsche, Konfektion usw.** errichtet. Es handelt sich um **Heimarbeit.** Frauen, die zur Uebernahme einer Arbeit bereit sind, wollen sich **Donnerstag, den 1. Novbr.,** nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr bei Frau Amtsvorsteher Kühn, Ahorn-Allee 4, melden.
Gleichzeitig empfehlen wir unsere Ausgabestelle zum Einkauf der von den hiesigen Frauen angefertigten Sachen.
Der Vorstand.

Der Winter naht
Transportable Kachelöfen
Eiserne Dauerbrand-Oefen
Ofenrohr — Ofenvorsetzer
Kohlenkästen, Koksschütter
Otto Martin, Berlin N 4
19 Invalidenstr. 19 Fernsp. Nord. 8354/55
Nähe Stettiner Bahnhof, neben der Post

Kaufe
Klaviere, Flügel, Harmoniums.
Zahle jeden gewünschten Preis.
Bantow, Berlin, Schönhauser Allee 150 Humboldt 6303.

Draht-Geflechte
unt. Tagespr. sof. lieff. Sommerfeld & Co., Berlin, Rigaerstr. 106. Königst. 9208.

Felle, Rosshaare, Wolle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Neumann, Berlin
E. Fässerstraße 89, Am Rosenthaler Platz Nähe Stettiner Bahnh.

Einzelne Möbel
sow. ganze Einrichtungen kauft Robert Schulz, Hohen Neuendorf, Schönfließerstr. 78. Telefon Birkenw. 86 Gegr. 1898.

Anders gerbt,
kauft höchstzahlend Felle, Haare.
Berlin-Pankow, Prinzenallee 47/50. Humboldt 5048.

Frauen erwacht!
Fort mit allen Schwindelmitteln, lassen Sie sich nicht irreführen durch vielversprechende und prahlerische Angebote. Kaufen Sie keine nutzlosen, teuren Schwindelmittel! sondern machen Sie einen Versuch mit meinem anerkannten, auch in hoffnungslosen Fällen wirksamen Spezialmittel. Wenn die monatliche Regel stockt oder ganz ausbleibt, ohne Sorge. Ich helfe und schütze ihre Gesundheit. Rettung und neuen Lebensmut bringen einzig und allein nur meine geprüften Präparate, überraschende Wirkung laut 1000 den Dankschreiben schon in der 1. Stunde. Haben Sie Vertrauen zu mir und wenden Sie sich an eine erfahrene Frau, dann wird auch Ihnen geholfen und Sie werden mir ewig dankbar sein.
Frau Ida Röber, Hamburg A 1713, Peterstraße 68, frühere Bezirks-Hebamme. Garantiert unschädlich! Ohne Berufsstörung. Diskreter Versand per Nachnahme.
Bitte ausschneiden und aufbewahren.

Draht-Zäune
zu Fabrikpr. Kein Zwischenhandel. — Eigene Fabrikation
G. Rohlandt, Drahtzaunfabrik, Oranienbg., Waldstr. 58, Tel. 571

FELLE
aller Art.
Höchste Preise erhalten Sie nur
Berlin, Gartenstr. 102,
2 Minuten vom Stettiner Bahnhof.
Fahrgeldvergütung.

Anzüge, Paletots, Hosen (fertig u. nach Maß), Gummimäntel Manchester, Loden, Knab.-Garderob. Wäsche, Hüte
Gute Waren. Billige Preise.
a. Wunsch Zahlungsziel
G. Prager,
Berlin, Brunnenstr. 81
2 Min. v. Bhf. Gesdbr.

Stoffe
für Herren u. Damen, welt unter Ladenpr.
Golle,
Pankow, Schloßstr. 14.

Altmetalle,
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Akkumulatoren-Blei sowie sämtliche Metallabfälle zu Engrospreisen.
Moses Zweig, Berlin, Invalidenstraße 142. Tel. Norden 9649

Die Zeitungs-Bestellung für Monat November heute noch erledigen.

Transportable Kachelöfen
aus Meißner Chamotte u. Beltener Kacheln in jeder Größe u. Farbe stets vorrätig u. fert am Lager u. sofort lieferbar
Ofen- u. Kochherd-Baugesch.
Alb. Matthes
Töpfermeister,
Hohen Neuendorf
Ruhwaldstr. 60.

Gänse, Enten Hühner
laufend lieferbar.
Wegener & Drews, Berlin N 31, Putbuserstr. 16, a. Bhf. Gesundbr.

Kuh- und Pferdedung
liefert zu d. billigsten Tagespreisen
Otto Mäker,
Birkenwerder,
Bergfelderst. 11, Tel. 117

Grundstück
tauschlos zu verkauf. Off. u. L. M. an Anonc.-Exped. W. Holzheuer, Hohen Neuendorf.

Landhaus
3 Zim., Garten, geg. Tauschwohn. zu verk. Zu erfr. Anonc.-Exp. W. Holzheuer, Hohen Neuendorf.

Tausche
Photo-Apparat 13×18, sämtl. Zubeh. gegen Fahrrad. Piechottka, Birkenwerder, Humboldt-Allee, an der Havelstraße.

Gebr. Bettstelle Matratze, verz. Waschkessel
vertausche
geg. Kartoffeln.
Birkenwerder, Linden-Allee 27.

Dünge-kalk
hat abzugeben.
Otto Mäker, Birkenwerd. Bergfelder Straße 11. Tel. 117.

Gold- u. Silber-
Sachen — Bruch Münzen
kauft zu Tagespreisen
Martin Cartsburg,
Berlin N 4,
Invalidenst. 139, Stettiner Bahnhof vorn 2 T.

Außbaum-büffet
zu kaufen ges. Evtl. gebe sehr gut. Herren-Paletot in Tausch. Angeb. unt E. K. an den „Briesetal-Bote."

1 Grammophon
mit Platten und eine Ziege gegen Kartoff. zu tauschen.
Hohen Neuendorf, Moltkestraße 1.

Winter-Mäntel
für Damen u. Kinder preisw., auch Anfertigen sämtl. Garderob., Modernisieren usw.
Hein, Hoh. Neuendorf, Hubertusstr. 6.

Junge Frau,
alleinstehend, sucht Beschäftigung gleich welcher Art, auch Stellung. Offert. unter G. K. an den Briesetal-Boten.

Höchste Tagespreise zahle für Gold Silber Platin Brillanten etc.
Juwel. A. Künzel
Bln., Eichendorffstr. 14 (a. Stett. Bhf.) Lutzenstraße 25.

Sie geben Ihr Geld nicht unnütz
aus, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren. Ältestes, gelesenstes u. verbreitetstes Blatt zwischen Berlin und Oranienburg. — Zahlreiche Anerkennungen.

Geld auf Unterpfand, Wertsachen etc. Darlehne Lange, Berlin, Oranienstraße 145. Gegr. 1895.